

**Pressemitteilung Nr. 48/2017
vom 23.05.2017**

Terminmitteilung für Juni 2017

Hauptverhandlungstermine im Juni 2017 in bereits andauernden Strafsachen:

1. Verfahren wegen versuchten Mordes im Zustand der Schuldunfähigkeit, Beginn: Donnerstag, den 04.05.2017, 09.15 Uhr, Schwurgericht I, Saal 231:

PM Nr.39/2017

Tatvorwurf: versuchter Mord u.a. im Zustand der Schuldunfähigkeit

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 33 Jahre alten Beschuldigten vor, am Vormittag des 09.11.2016 den Frisörsalon „Der Frisör“ in der Straße Vor dem Steintor betreten und mit einem Messer mit einer Klingenlänge von ca. 10 cm unvermittelt mehrfach auf den Oberkörper eines dort angestellten Geschädigten eingestochen zu haben. Nachdem es dem Geschädigten gelungen sein soll, sich in einen rückwärtigen Teil des Ladenlokals zu retten, soll der Beschuldigte nachgesetzt und weiterhin auf den Geschädigten eingestochen haben. Insgesamt soll der Geschädigte durch den Angriff des Beschuldigten fünf Stich- und Schnittwunden u.a. im Bereich der rechten Brust und mittig zwischen Bauch und Oberkörper erlitten haben, die den rechten Lungenflügel und den Leberrand des Geschädigten getroffen haben sollen.

Der Beschuldigte soll aufgrund einer bei ihm vorliegenden psychischen Erkrankung zum Zeitpunkt der ihm vorgeworfenen Handlung schuldunfähig gewesen sein.

Fortsetzungstermine am

**Dienstag, den 06.06.2017,
Mittwoch, den 15.06.2017,
Dienstag, den 27.06.2017 und
Freitag, den 30.06.2017**

jeweils um 09.15 Uhr in Saal 231.

2. Verfahren wegen Unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge, Strafkammer 42, Beginn: Mittwoch, den 05.04.2017, 13.00 Uhr, Saal 218:

PM Nr.29/2017

Tatvorwurf: Unerlaubter Handel mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den 38, 27 und zwei 21 Jahre alten Angeklagten vor, als Mitglieder einer aus zumindest 4 Personen bestehenden Bande im Zeitraum vom 14.04.2016 bis zum 06.10.2016 erhebliche Mengen Kokain (insgesamt ca. 5,4 kg) von zwei gesondert verfolgten

Personen angekauft zu haben, um die erworbenen Betäubungsmittel im Anschluss daran zu portionieren, zu strecken, zu verpacken und sodann gewinnbringend weiterzuveräußern. Insgesamt sollen die Angeklagten das Kokain in zumindest 29 einzelnen Fällen im angegebenen Tatzeitraum in ihren Bunkerwohnungen im Bremer Stadtgebiet angekauft haben, wobei das Kokain für den Weiterverkauf insbesondere im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs gedacht war.

Fortsetzungstermine am

**Freitag, 02.06.2017,
Mittwoch, 07.06.2017,
Montag, 12.06.2017,
Dienstag, 13.06.2017,
Donnerstag, 15.06.2017,
Dienstag, 20.06.2017,
Mittwoch, 21.06.2017,
Freitag, 07.07.2017, (Kurztermin),
Freitag, 28.07.2017, (Kurztermin),
Dienstag, 01.08.2017,
Mittwoch, 02.08.2017,
Mittwoch, 09.08.2017,
Dienstag, 29.08.2017,
Donnerstag, 31.08.2017,
Dienstag, 05.09.2017,
Freitag, 08.09.2017,
Dienstag, 19.09.2017,
Donnerstag, 21.09.2017,
Mittwoch, 11.10.2017 (Kurztermin),
Dienstag, 17.10.2017,
Donnerstag, 19.10.2017,
Dienstag, 24.10.2017 und
Donnerstag, 26.10.2017**

jeweils um 09.00 Uhr in Saal 218.

3. Verfahren wegen Mordes, Schwurgericht II, Beginn: Freitag, den 07.04.2017, 09.00 Uhr, Saal 218:

PM Nr.32/2017

Tatvorwurf: Mord

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 36 Jahre alten Angeklagten vor, seine Ehefrau am 13.10.2016 in der ursprünglich gemeinsam bewohnten Wohnung in der Heinrichstraße in Bremerhaven aufgesucht zu haben, wobei er ein Messer mit einer Klingenlänge von 18 cm bei sich geführt haben soll. Sodann soll der Angeklagte der Geschädigten aus Eifersucht mit dem Messer mindestens 23 Stich- und Schnittverletzungen am Kopf, im Gesicht, am Rumpf und den Extremitäten beigebracht haben. Die Geschädigte soll infolge der durch den Angeklagten verursachten Verletzungen und des dadurch unter anderem eingetretenen erheblichen Blutverlustes gestorben sein.

Fortsetzungstermine am

Freitag, 02.06.2017,

**Mittwoch, 07.06.2017,
Freitag, 09.06.2017,
Montag, 12.06.2017,
Mittwoch, 14.06.2017 und
Donnerstag, 15.06.2017**

jeweils um 09.00 Uhr in Saal 218.

4. Verfahren im Zusammenhang „Beluga“ (Beginn: 20.01.2016), Große Wirtschaftsstrafkammer 32, Saal 218.

PM Nr.5/2016, Nr.35/2017

Anklagevorwurf: Betrug u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten mit der Anklageschrift vom 27.12.2012 gemeinschaftlichen Kreditbetrug in 16 Fällen vor. Nach Darstellung der Anklage sollen der Angeklagte Stolberg als Geschäftsführer und Mitgesellschafter zahlreicher Schiffsbetreibergesellschaften sowie ein in leitender Position tätiger Mitarbeiter der Beluga Unternehmensgruppe ab dem Jahr 2006 im Zuge von Verhandlungen mit vier verschiedenen Banken über die Gewährung von Darlehen zur Finanzierung von insgesamt 20 Schiffsbauwerken unzutreffende Angaben über die Höhe der Investitionskosten gemacht haben. Mit Hilfe eines Werftunternehmers aus dem europäischen Ausland seien den Banken Scheinverträge über ergänzende Werftleistungen vorgelegt und auf diese Weise die Investitionskosten überhöht dargestellt worden. Hierbei sei das Ziel verfolgt worden, die Banken, die im Regelfall nur zu einer Teilfinanzierung zu rund 70% der Anschaffungskosten bereit gewesen seien, zur Auskehrung von Darlehen in einer Höhe zu veranlassen, die faktisch zu einer weit höheren bis hin zu einer vollständigen Fremdfinanzierung der Schiffsbauwerke führen sollten. In der Summe sollen Scheininvestitionskosten in Höhe von rund 93 Millionen Euro vorgespiegelt worden sein.

Mit der weiteren Anklageschrift vom 26.03.2013 erhebt die Staatsanwaltschaft den Vorwurf des Kreditbetruges zu Lasten eines US-amerikanischen Investors, der sich im Jahr 2010 sowohl an dem zur Beluga Group umstrukturierten Beluga-Konzern als Mitgesellschafter beteiligt als auch zahlreichen vom Angeklagten als Geschäftsführer und Mitgesellschafter betriebenen Schiffsbetreibergesellschaften Darlehen in zusammen dreistelliger Millionenhöhe gewährt hatte. Der Angeklagte Stolberg soll mit zwei weiteren Mitarbeitern der Beluga Unternehmensgruppe auf verschiedene Weise den Investor im Zuge der vorausgegangenen Vertragsverhandlungen über die wirtschaftliche Lage des Beluga-Konzerns, insbesondere über die Höhe der in den Jahren 2009 und 2010 erwirtschafteten Umsätze und über bestimmte Kosten des Reedereibetriebes getäuscht und so den Investor zur Darlehenshingabe veranlasst haben. Hiermit sollen auch Verstöße gegen handelsrechtliche Vorschriften über den Jahresabschluss von Unternehmen und Konzernen einhergegangen sein. Zugleich erhebt die Staatsanwaltschaft den Vorwurf, der Angeklagte Stolberg habe sich in seiner Funktion als Geschäftsführer zahlreicher Schiffsbetreibergesellschaften der Untreue schuldig gemacht, indem er auch nach Eintritt des Investors als Mitgesellschafter der Schiffsbetreibergesellschaften Zahlungen dieser Gesellschaften auf die Scheinverträge, die Gegenstand der ersten Anklage sind, veranlasst haben soll. Auf diese Weise habe der Investor als Mitgesellschafter der Schiffsbetreibergesellschaften einen Vermögensverlust von rund 5,4 Millionen Euro erlitten.

Mit der dritten Anklageschrift vom 13.01.2014 wirft die Staatsanwaltschaft dem Angeklagten Stolberg gemeinsam mit einem weiteren Mitarbeiter der Beluga-Unternehmensgruppe die Begehung eines Betruges zu Lasten eines anderen Reedereiunternehmens vor, dem mehrere vom

Angeklagten Stolberg gegründete Schiffsbetreibergesellschaften überlassen worden seien. Diese Schiffsbetreibergesellschaften sollen zuvor jeweils einen Vertrag über den Bau eines Mehrzweckfrachtschiffes mit einer chinesischen Werft geschlossen haben. Der Geschädigte sei in diese Verträge eingetreten, wobei ihm aber verschwiegen worden sein soll, dass in die an die Werft zu zahlende Vergütung verdeckt Kommissionen in Höhe von insgesamt 10 Millionen US\$ eingepreist gewesen sein sollen, die an ein Unternehmen des Angeklagten Stolberg als kickback-Zahlung hätten fließen sollen. Zudem erhebt die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Untreue gegen den Angeklagten Stolberg, der als Geschäftsführer einer Schiffsbetreibergesellschaft, an der sich ein privater Investor als zunächst stiller Gesellschafter beteiligt haben sollte, Gelder der Gesellschaft ohne Rechtsgrund über ein eigenes Unternehmen des Angeklagten an die Beluga-Unternehmensgruppe gezahlt habe, wodurch dem stillen Gesellschafter ein Vermögensnachteil in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro entstanden sei. Zuletzt legt die Staatsanwaltschaft mit der dritten Anklage dem Angeklagten Stolberg Betrug und Untreue zu Lasten des US-amerikanischen Investors in dessen Rolle als Mitgesellschafter zahlreicher Schiffsbetreibergesellschaften vor. Der Angeklagte, so die Anklageschrift, habe als Geschäftsführer dieser Schiffsbetreibergesellschaften den als Mitgesellschafter eintretenden Investor darüber getäuscht, in welcher Höhe von ihm, dem Angeklagten und von der teilweise ebenfalls beteiligten Beluga Shipping GmbH zuvor Eigenkapital in die Schiffsbetreibergesellschaften eingebracht worden und dort verblieben sei. Im Zuge der Beteiligung des Investors habe man sich auf eine Herabsetzung der Pflichteinlage des Angeklagten und der Beluga Shipping GmbH geeinigt. Die herabgesetzten Pflichteinlagen seien dem Angeklagten Stolberg sowie der Beluga Shipping GmbH von den Schiffsbetreibergesellschaften erstattet worden, obwohl die Pflichteinlagen tatsächlich nicht in dieser Höhe bestanden hätten. Dem Investor sei hierdurch gemeinsam mit weiteren Kommanditisten einzelner betroffener Schiffsbetreibergesellschaften insgesamt ein Vermögensschaden in Höhe von rund 7,9 Millionen Euro entstanden.

Fortsetzungstermine am

**Mittwoch, 21.06.2017,
Donnerstag, 29.06.2017, 14.30 Uhr (Kurztermin!),
Donnerstag, 20.07.2017,
Mittwoch, 09.08.2017,
Mittwoch, 23.08.2017,
Mittwoch, 06.09.2017,
Mittwoch, 20.09.2017,**

jeweils um 09.30 Uhr im Saal 231.

5. Strafverfahren wegen schweren Raubes, Beginn: Montag, den 20.03.2017, 09.00 Uhr, Große Strafkammer 9, Saal 218:

PM Nr.20/2017

Tatvorwurf: Schwerer Raub u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft den beiden 34 und 28 Jahre alten Angeklagten vor, im August 2016 als Mitglieder einer Bande zusammen mit drei weiteren Beteiligten den Geschädigten gemeinsam an dessen Arbeitsplatz in der Straße Am Panrepel aufgesucht und aufgefordert zu haben, ihnen einen Betrag in Höhe von € 30.000,- zu zahlen, auf die kein Anspruch bestanden haben soll. Nachdem sich der Geschädigte geweigert hatte, den Betrag an die Angeklagten und deren Begleiter zu zahlen, soll der 28 Jahre alte Angeklagte diesem eine Ohrfeige und mehrere Tritte versetzt haben. Als sich der Geschädigte gegen den Übergriff verteidigen wollte, sollen die An-

geklagten und deren Begleiter zur Untermauerung ihrer ungerechtfertigten Forderung an den Geschädigten herantreten sein, wobei der 34 Jahre alte Angeklagte mit einem Messer vor dem Geschädigten hantiert haben soll. Sodann soll er sich aus der Hand des derart eingeschüchterten Geschädigten dessen Geldbörse gegriffen und hieraus einen Bargeldbetrag in Höhe von € 70,- entnommen haben, um das Geld für sich und seine Begleiter zu verwenden.

Wenige Tage später, am 25.08.2016, sollen die Angeklagten zusammen mit zwei weiteren Begleitern den Geschädigten im Bereich eines Garagenhofs in der Wuppertaler Straße abgepasst haben, als dieser sein dort abgestelltes Fahrzeug verlassen wollte. Nachdem der Geschädigte ein Bein vor die Fahrertür gestellt hatte, soll der 28 Jahre alte Angeklagte die Fahrertür zuge drückt haben, sodass das Bein eingeklemmt wurde. Daraufhin soll der 28 Jahre alte Angeklagte aus der bereits neben der Fahrertür abgestellten Tasche des Geschädigten insgesamt € 300,- entnommen haben, um dieses Geld für sich zu verwenden. Währenddessen sollen der 34 Jahre alte Angeklagte und die beiden weiteren Begleiter neben dem 28 Jahre alten Angeklagten gestanden haben, um eine mögliche Gegenwehr des Geschädigten im Bedarfsfall zu unterbinden.

Fortsetzungstermine am

**Mittwoch, den 07.06.2017,
Freitag, den 09.06.2017 und
Mittwoch, den 28.06.2017**

jeweils um 09.00 Uhr in Saal 218.

6. Verfahren wegen versuchten Mordes im Zustand der Schuldunfähigkeit, Beginn: Montag, den 27.03.2017, 09.15 Uhr, Schwurgericht I, Saal 231:

PM Nr.22/2017

Tatvorwurf: versuchter Mord u.a. im Zustand der Schuldunfähigkeit

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 29 Jahre alten Beschuldigten u.a. vor, sich am Nachmittag des 25.10.2016, ausgestattet mit einem Garniermesser, in den Rhododendronpark im Bremer Ortsteil Horn begeben zu haben. Dort soll er sich gegen 16.15 Uhr zunächst einer der insgesamt 8 Geschädigten genähert und diese sodann mit einem plötzlichen Ausruf erschreckt haben. Auf Nachfrage der Geschädigten, was das solle, soll der Beschuldigte sie als „Hure“ beschimpft und ihr in Verletzungsabsicht mit dem Messer einen Schnitt durch ihr Gesicht versetzt haben, wodurch die Geschädigte eine ca. 12 cm lange, stark blutende Schnittwunde im Bereich der linken Wange zwischen linkem Ohr und linkem Mundwinkel erlitt, die später genäht werden musste.

Einige Minuten später soll der Beschuldigte im Botanischen Garten auf einen weiteren Geschädigten und dessen Begleiter zugerannt und sodann auf den Geschädigten zugesprungen sein. Dabei soll der Beschuldigte mit seinem Messer 4-5 Mal in Richtung des Oberkörpers und des Gesichts des Geschädigten gestochen haben, wobei er dem Geschädigten, der schützend seinen rechten Arm vor sein Gesicht hielt, einen Einschnitt am Jackenärmel und mehrere Schnittwunden an der rechten Hand zugefügt haben soll. Nachdem der Geschädigte um Hilfe gerufen hatte, soll der Beschuldigte durch eine Pforte in Richtung Markusallee geflüchtet sein.

Dort soll der Beschuldigte auf eine weitere Geschädigte und ihren Begleiter getroffen sein. Nachdem der Beschuldigte die beiden bereits passiert hatte, soll er plötzlich mit seinem rechten Arm ausgeholt und der überraschten Geschädigten auf deren linke Schulter geschlagen haben.

Daraufhin soll er seinen Weg fortgesetzt haben, um kurze Zeit später auf eine weitere Geschädigte und deren zwei Kinder zu treffen. Im Vorbeigehen soll der Beschuldigte der Geschädigten mit seinem Messer unvermittelt in den linken Unterarm gestochen haben, wodurch die Geschädigte einen ca. 3 cm unterhalb des Ellbogens liegenden Durchstich durch den Unterarm erlitt, der zwei operative Eingriffe notwendig machte. Aufgrund des Durchstichs sind ein Muskel vollständig und ein Nerv teilweise durchtrennt worden.

Kurz darauf soll der Beschuldigte im Bereich des alten Rhododendronparks von hinten an zwei Spaziergängerinnen herangetreten sein, wobei er für die beiden nicht wahrnehmbar gewesen sein soll, und soll einer der Spaziergängerinnen im Vorbeigehen mit großer Wucht einen Messerstich in den linken Rücken versetzt haben, der zum Anstich der Lunge geführt hatte. Die Geschädigte musste aufgrund der akuten Lebensgefahr operiert werden und befand sich mehrere Tage in stationärer Behandlung im Klinikum Bremen-Mitte.

Danach soll sich der Beschuldigte auf den Heimweg gemacht haben, wo er in Höhe der Bahnunterführung Berckstraße auf eine ihm entgegenkommende Radfahrerin getroffen sein soll. Dabei soll der Beschuldigte der Radfahrerin, als diese ihn passierte, plötzlich und unvermittelt einen Schlag in Richtung ihres Kopfes versetzt haben. Da der Schlag die Radfahrerin nur gestreift haben soll, blieb diese unverletzt.

Sodann soll der Beschuldigte auf eine Passantin und deren zwei Kinder getroffen sein. Dabei soll der Beschuldigte an die Passantin herangetreten und diese im Genick gepackt haben. Nachdem die Geschädigte den Beschuldigten daraufhin angeschrien hatte, soll der Beschuldigte von ihr abgelassen haben. Daraufhin soll sich der Beschuldigte an ihren im Kinderwagen sitzenden Sohn gewandt und diesem einen Tritt an dessen rechtes Bein versetzt haben. Hierdurch erlitt der Sohn eine leichte Rötung an dessen rechtem Schienbein.

Der Beschuldigte soll aufgrund einer bei ihm vorliegenden psychischen Erkrankung zum Zeitpunkt der ihm vorgeworfenen Handlungen schuldunfähig gewesen sein.

Fortsetzungstermine am

**Montag, den 12.06.2017,
Freitag, den 16.06.2017 und
Donnerstag, den 22.06.2017**

jeweils um 09.15 Uhr in Saal 231.

7. Verfahren wegen versuchten Totschlags, Beginn: Mittwoch, den 10.05.2017, 13.00 Uhr, Schwurgericht I, Saal 231:

PM Nr.42/2017

Anklagevorwurf: versuchter Totschlag u.a.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 21 Jahre alten Angeklagten vor, am 24.11.2016 in den Räumlichkeiten der Diskothek „Stubu Dance House“ gemeinsam mit einem Begleiter zunächst in eine

körperliche Auseinandersetzung mit dem Geschädigten und einem weiteren Zeugen geraten zu sein, in deren Folge sämtliche Beteiligten der Lokalität verwiesen worden sein sollen. Vor der Diskothek soll der Angeklagte erneut auf den Geschädigten getroffen sein, wobei er, nunmehr ausgestattet mit einem Messer mit einer Klingenlänge von etwa 7 cm, auf den Geschädigten zugelaufen und in ihn hineingesprungen sein soll. Hierbei soll der Angeklagte das Messer rechtsseitig auf Höhe des Bauchnabels in den Bauch des Geschädigten gestoßen haben, wodurch dieser eine Stichverletzung im Bereich des Unterbauches erlitten haben soll, die den Dünndarm und das Bauchnetz getroffen haben soll. Das Messer soll der Angeklagte zuvor bei Verlassen der Diskothek durch die 27 Jahre alte Mitangeklagte überreicht erhalten haben, die die vorangegangene körperliche Auseinandersetzung beobachtet haben soll. Durch die Stichverletzung soll eine Notoperation des Geschädigten im Klinikum Bremen-Mitte notwendig geworden sein. Dabei soll aufgrund des mit der Verletzung einhergehenden erheblichen Blutverlustes vorübergehend Lebensgefahr für den Geschädigten bestanden haben.

Die Hauptverhandlung wird fortgesetzt am

**Donnerstag, 08.06.2017, 13.30 Uhr,
Freitag, 23.06.2017,
Dienstag, 04.07.2017,
Freitag, 07.07.2017,
Montag, 31.07.2017,
Mittwoch, 02.08.2017,
Mittwoch, 09.08.2017 und
Freitag, 11.08.2017**

jeweils um 09.15 Uhr im Saal 231.

8. Strafverfahren wegen unerlaubter Einfuhr von Betäubungsmitteln, Beginn: Mittwoch, den 17.05.2017, 09.30 Uhr, Große Strafkammer 6, Saal 218:

PM Nr.44/2017

Tatvorwurf: Unerlaubte Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 66 Jahre alten Angeklagten vor, am 21.11.2016 ca. 5,2 kg einer Kokainpaste mit einem Wirkstoffgehalt von ca. 3,6 kg reinem Kokain (Wirkstoffgehalt ca. 69 %) in eigens für den Transport präparierten Wakeboards im Flugzeug von Panama über Amsterdam nach Bremen transportiert zu haben.

Fortsetzungstermine am

**Donnerstag, 08.06.2017 und
Montag, 26.06.2017**

jeweils um 09.30 Uhr in Saal 218.

Nikolai Sauer
Richter am Landgericht
- Pressesprecher des Landgerichts Bremen -
Domsheide 16, 28195 Bremen
Tel.-Nr.: 0421 361 59782
Mobil: 0176 42361782

Fax-Nr.: 0421 361 15837
E-Mail: pressestelle@landgericht.bremen.de
